

DKSB mahnt Pluralität der Angebote an Kinderkrippen und Kindertagespflege

Resolution verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des DKSB Bayern am 17. März 2007 in München

Der Ausbau der Kinderbetreuung beherrscht derzeit die Medien in Deutschland.

Grundsätzlich sind dabei die Pläne der Familienministerin, Frau Ursula von der Leyen, mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu schaffen, zu begrüßen, da sie ein Teil früher Hilfen für Familien sein können. Dem DKSB ist hierbei allerdings wichtig, dass damit auch der Ausbau und die Förderung der Kindertagespflegestrukturen gemeint ist.

Der Deutsche Kinderschutzbund erinnert deshalb daran, dass die qualifizierte Kindertagespflege gleichermaßen wie der Ausbau der Krippenplätze gefördert und finanziell gesichert werden muss.

Dazu gehört eine seriöse Bedarfsplanung, die die Eltern spätestens kurz nach der Geburt ihres Kindes nach ihrem Betreuungsbedarf fragt.

Wir sehen die ernste Gefahr, dass Gemeinden und Städte künftig vorrangig in den Ausbau von Krippenplätzen investieren und die schon bestehenden Strukturen der Betreuung durch Tagesmütter in der Förderung zu kurz kommen.

Die Praxis der letzten 20 Jahre hat gezeigt, dass Eltern von Kindern unter drei Jahren die Kindertagespflege als familiennahe, flexible Betreuungsform schätzen,

-weil sie prinzipiell eine Betreuungsform wünschen, die familiäre Strukturen nachbildet,

-weil hier auch sehr junge Kinder betreut werden können (Babys ab 8 Wochen),

-weil sie flexibel variable Betreuungszeiten brauchen,

-weil sie die Zeit bis zur Aufnahme des Kindes in eine Betreuungseinrichtung überbrücken müssen,

-weil sie Betreuungszeiten zusätzlich über die üblichen Krippenangebote hinaus benötigen,

-weil sie nur vorübergehende Betreuung brauchen,

-weil ihre Kinder aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung besondere Pflege und Aufmerksamkeit brauchen, die in einer größeren Gruppe nicht gegeben wären.

Der Kindertagespflege steht somit gleichwertig und gleichberechtigt neben der Betreuung in den Krippen – was sich auch im öffentlichen Bewusstsein wiederfinden sollte!

Der Deutsche Kinderschutzbund steht den kommunalen Entscheidungsträgern für Gespräche zur Verfügung.